

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 20 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rönischen Park 2.

Inserate: Die sechsgespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 1 Mark, Arbeitervermittlungen 50 Pfennig, Verbandsanzeigen 30 Pfennig pro Zeile.

## Gewerkschaften, Staat und Wirtschaft.

Vortrag von Fritz Tarnow auf dem Verbandstag in Stuttgart.

Nach den heftigen Stürmen in den letzten Jahren bekommen wir nun allmählich wieder etwas mehr Ruhe, um auch über Fragen nachzudenken, die über das Heute und über das Morgen hinausgehen. Wir können uns wieder mit den Grundsätzen unserer Bewegung beschäftigen. Vieles, was darüber zu sagen ist, ist uns allen geläufig. Man könnte meinen, es wäre überhaupt überflüssig, das, was längst bekannt ist, noch einmal ausdrücklich zu sagen. Wir dürfen aber keinen Augenblick aus dem Auge lassen, daß in den letzten Jahren Hunderttausende neuer Arbeitsgenossen zu uns gekommen sind als Gewerkschafter, denen selbst die einfachsten Grundsätze nicht bekannt sind, die gerade über die Gewerkschaftsbewegung Vorstellungen haben, die nicht über das Heute und Morgen hinausgehen, die in der Gewerkschaftsbewegung weiter nichts sehen als eine Einrichtung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse und über diese unmittelbare Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung nicht hinaussehen können. Die Gewerkschaftsbewegung ist ihrer Natur nach eine Bewegung praktischer Aktivität. Wir können unsere Mitglieder mit Ideen und mit Theorien nicht satt machen. Wir können sie nicht befriedigen mit Versprechungen auf Erfolge, die in nebelhafter Zukunft liegen, auch wenn wir diese Erfolge in den glänzendsten Farben ausmalen wollten. Wir müssen unseren Mitgliedern etwas Positives bringen, etwas Greifbares, wenn wir ihre Gefolgschaft behalten wollen. Das, was wir ihnen bringen können, das liegt in der Wirtschaft, wo wir es herausholen müssen. Und wenn man aus der Wirtschaft etwas herausholen will, muß man die Wirtschaft kennen. So praktisch unsere Bewegung ist, Kenntnis der Wirtschaft gehört dazu, und Kenntnis der Wirtschaft ist nicht nur eine Angelegenheit, die man als Praktiker allein schon meistern kann, ist nicht eine Sache, die mit dem bloßen Auge zu erkennen ist — manches in der Wirtschaft ja, aber die großen Bewegungen der Wirtschaft, die Gesetze, von denen die Wirtschaft bewegt wird, und die Entwicklungsgesetze, nach denen sich die Wirtschaft zu richten genötigt ist, sind mehr oder weniger theoretische Angelegenheiten.

### Stellung der Gewerkschaften zur Wirtschaft.

Wenn wir die Stellung der Gewerkschaften zur Wirtschaft präzisieren wollen, muß an die Spitze ein Grundsatz gestellt werden: Die Erhaltung und Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeitermassen. Das ist das primäre Ziel jeder Gewerkschaftsbewegung. Wir können uns nicht gestatten als Gewerkschafter, uns in Ideen zu verrennen, die von diesem Ziel abweichen, und wenn die Ideen noch so glänzend aussehen. Wir müssen uns immer wieder zum Bewußtsein führen, daß wir etwas anderes sind als etwa eine politische Partei oder eine Kulturgemeinschaft irgendwelcher anderen Art. Die können sich rein geistige Ziele setzen und ihre ganze Bewegung auf die Erreichung solcher Ziele einstellen, auch wenn in absehbarer Zeit ein Erfolg nicht zu erwarten ist. Für uns Gewerkschafter kommt bei allem erst die Sorge um die Lebenshaltung und dann alles andere. Das bedeutet nicht, daß in den Gewerkschaften keine andere Idee leben könnte als die Magenfrage, daß für uns nichts anderes auf der Welt da ist als Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wir haben ein größeres Ziel vor uns; und das Ziel unserer Bewegung ist heute auch noch dasselbe, wie es am Anfang der Bewegung war: Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung. Das ist ein Ziel, das sich zwangsläufig aus unseren gewerkschaftlichen Forderungen heraus ergibt. Wir streben als Gewerkschafter eine soziale Ordnung an, die eine gerechtere Verteilung des Gesamtertrages der Wirtschaft gibt, eine Gesellschaftsordnung, in der die Arbeiterklasse Träger der Gesamtproduktion ist und in der Stufenleiter der gesellschaftlichen Ordnung den obersten Ehrenplatz und nicht wie heute eine mißachtete Pariastellung einnimmt. Für bestmögliche Lebenshaltung der breiten Massen eintreten heißt, dafür eintreten, daß die größtmögliche Produktionsleistung in der Wirtschaft erreicht wird, und daß der Gesamtertrag der Produktion möglichst gerecht unter die Volksgenossen verteilt wird. Das ist eine Auffassung, die sich zwangsläufig aus unserer gewerkschaftlichen Forderung nach bestmöglicher Verbesserung der Lebensverhältnisse ergibt.

### Kampf um eine bessere Wirtschaftsordnung.

Rein aus unserer gewerkschaftlichen Forderung heraus kommen wir zu der weiter gehenden Forderung: Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft. Das war am Anfang unserer Bewegung unser Ziel, es ist unverrückbar dasselbe geblieben. Trotzdem hat sich in unserer Gedankenwelt vielleicht manches verändert. Wir alle haben früher mehr oder weniger geglaubt, wenn es erst einmal gelungen könnte, die politische Macht zu erobern, daß es dann viel leichter sein müßte, auch das ökonomische Ziel zu

verwirklichen. Die Wunderkraft der politischen Macht hat in unserer Vorstellung früher eine größere Rolle gespielt als heute, nachdem wir durch die Tatsachen erkennen mußten, daß der Besitz der politischen Macht zunächst an den wirtschaftlichen Dingen noch gar nichts ändert, daß die politische Macht noch nicht die Möglichkeit gibt, durch ein Diktat die Wirtschaft zu verändern. Die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft ist keine einmalige Aktion, sondern ein Entwicklungsprozeß. Während dieses Entwicklungsprozesses haben wir als Gewerkschafter uns in jeder Minute bewußt zu sein, daß, ganz gleichgültig wie lange dieser Prozeß dauert, die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse in jeder Minute so gut wie möglich gesichert sein müssen, und daß die Arbeitermassen, die hinter uns stehen, auch in jeder Minute eine Verbesserung der Lebensverhältnisse von uns verlangen. Das sind die zwei Seiten der gewerkschaftlichen Aufgaben: Grundsätzlich der Kampf um die Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung und ihren Ersatz durch eine bessere und daneben der tägliche Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft ist weder eine einmalige, noch eine einheitliche Aktion. Man muß die verschiedenen Seiten des kapitalistischen Systems erkennen, man wird dann finden, daß gegen jede eine besondere Reihe von Maßnahmen notwendig und zweckmäßig ist.

### Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft.

Kapitalistische Wirtschaft, das heißt einmal planlose Einzelwirtschaft an Stelle einer Gesamtwirtschaft, die rationeller arbeiten könnte, das heißt zweitens die Beherrschung der gesellschaftlichen Produktionsmittel durch ihre privaten Besitzer und damit die Herrschaft über diejenigen Schichten, die nicht über Produktionsmittel verfügen. Und die dritte Seite des kapitalistischen Systems, das ist die Tributpflichtigkeit der Arbeiter gegenüber dem Kapital; drei verschiedene Seiten, die man einzeln betrachten muß. Was die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft anbetrifft, so liegt in der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft schon selbst die Tendenz, diese Seite zu überwinden. Der Konzentrationsgedanke, das Zusammenfügen der Einzelwirtschaften zu einer Gesamtwirtschaft, das vollzieht sich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft auch dann, wenn wir selbst nichts dazu tun, ja manchmal erscheint es uns sogar, als ob wir diese Entwicklung bekämpfen müßten, weil sie soziale Auswirkungen hat, die uns nicht angenehm erscheinen. Die Bildung von Kartellen, von Konzernen, von Trusts, das liegt ja, volkswirtschaftlich gesehen, in der Richtung der Konzentration, die in ihrem Endziel auf die Zusammenfassung der gesamten Wirtschaft hinsteuert. Aber wir sehen, daß aus dieser Entwicklung sich soziale Auswirkungen ergeben, die der Arbeiterklasse gefährlich werden könnten. Daher findet man aus dieser sozialen Sorge heraus auch bei uns gelegentlich einen erheblichen Widerstand gegen diese Entwicklung. Ich halte eine solche Auffassung für falsch. Wir dürfen nicht grundsätzlich die Kartellbildung, die Zusammenfügung der kapitalistischen Einzelwirtschaften zu größeren Wirtschaften bekämpfen; wir müssen nur fordern, daß diese größeren Wirtschaftsgebilde dem Einfluß der Gesamtheit unterstellt werden, d. h. wir müssen für die Kartellbildung die staatliche Kontrolle unter unserer Mitwirkung verlangen. Die andere Seite der kapitalistischen Wirtschaft, das ist das

### Monopol der Produktionsmittel

in den Händen der Kapitalisten. In den Revolutionsjahren war die Auffassung bei vielen Arbeitern vorhanden, daß man dieses Monopol dadurch beseitigen könne, daß man einfach die Unternehmer zum Teufel jagt und die Produktionsmittel selbst durch die Arbeiter, durch die Belegschaften, durch die Betriebsräte verwalten läßt. Es hat sich sehr schnell gezeigt, daß auf diesem Wege eine Umänderung der kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich ist. Die Zusammenfügung der Einzelwirtschaften zu größeren Wirtschaftsgebieten, die Kontrolle des Staates über die Wirtschaft mit unserer Anteilnahme, das wird wohl der Entwicklungsweg sein, der möglich ist, und der zu begehren ist. Solange bleibt das Monopol über die Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten. Aber sind die Kapitalisten wirklich unbeschränkte Herren der Produktionsmittel? Dazu würde gehören, daß die Anwendung dieser Mittel allein in dem Willen ihrer Besitzer liegt. Das ist nur dann möglich, wenn zu den Produktionsmitteln auch die lebendige Arbeitskraft kommt. Und wenn es der lebendigen Arbeitskraft einfiel, sich auch zu monopolisieren, dann müßte eigentlich dieses Monopol ebenso stark sein wie das über die Produktionsmittel. Wenn es den Gewerkschaften gelänge, die Arbeitskraft reslos zu monopolisieren, dann wäre es mit dem Diktat der Kapitalisten vorbei. Fest steht, daß wir als Gewerkschaften schon in erheblichem Umfange die Monopolrechte der

Kapitalisten durchbrochen haben, daß die Zeit, wo sie unbeschränkte Herren in ihrem kapitalistischen Hause waren, heute vorbei ist, und daß die Gewerkschaften als die Sachwalter der menschlichen Arbeitskraft doch schon ein ganz erhebliches Wort mitzureden haben. Noch lange nicht genug. Aber erkennt man dies, dann sieht man, daß auch hier ein Weg liegt, um das Monopol an den Produktionsmitteln zwar nicht zu überwinden, aber doch zum erheblichen Teile unwirksam bei denen zu machen, die heute darüber verfügen. Und dann schließlich der

### Anteil der Kapitalisten am Arbeitsertrage.

Wenn man die Unternehmer zum Teufel jagt, dann hört die Tributpflichtigkeit der Arbeiter gegenüber den Unternehmern auf. Mit so einfachen Methoden kann aber die kapitalistische Wirtschaft nicht beseitigt werden. Mögliche Methoden sind aber vorhanden. Wir können den Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage von zwei Seiten angreifen, einmal durch eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften mit dem Ziel, den Anteil des Lohnes zu steigern, zum anderen durch eine aktive Staatspolitik mit dem Ziel, öffentliche Lasten dort zu nehmen, wo am meisten zu holen ist, den Besitz des Kapitaletrages in erster Linie steuerlich zu erfassen. Das sind eine ganze Reihe von Maßnahmen, die möglich sind, Maßnahmen, die nicht so radikal aussehen wie eine Weltrevolution, die aber größeren Erfolg versprechen. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist nicht eine einmalige Entscheidungsschlacht, sondern auf unserer Seite ein Vorwärtsdrängen auf allen Seiten der Front, wenigstens der Versuch eines Vorwärtsdrängens. Gelegentlich tritt auch ein Rückschlag ein. Im ganzen Entwicklungsprozeß gesehen, hat zweifellos die Arbeiterbewegung und namentlich die gewerkschaftliche Bewegung große Fortschritte gemacht, auch auf dem Gebiet der Wirtschaft, auch in der Überwindung des kapitalistischen Monopols über die Produktionsmittel, aber längst nicht genug. Das nächste Ziel unserer wirtschaftlichen Entwicklung, auf das wir lossteuern wollen, das ist die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter an der Wirtschaft neben den Besitzern der Produktionsmittel.

### Wirtschaftsdemokratie.

Im Staate ist die politische Demokratie, wenigstens formal, verwirklicht, in der Wirtschaft noch nicht einmal formal, geschweige denn praktisch. Darüber brauchen wir nicht enttäuscht zu sein. Als das Proletariat anfang, sich politisch zu betätigen, da fand es ein politisches System vor, das ähnlich so war wie das System, das wir heute noch in der Wirtschaft sehen. Das Ziel des politischen Kampfes des Proletariats war die Überwindung der politischen Klassenherrschaft. Der Weg zu diesem Ziel ist nicht gefunden worden durch Zusammenschlagung des Staates oder durch Abstreifen vom Staat, sondern er ist gefunden worden durch das Eindringen in den Staat, durch die Überwindung der politischen Macht im Staat von innen her. Das politische Bürgertum hat erst Angst vor der Arbeiterklasse bekommen, als diese anfang, sich in das politische System hineinzudrängen, und unsere Wirtschaftskapitalisten haben erst Angst vor uns bekommen, als wir uns bereit zeigten, in die Wirtschaft hineinzusteigen und dort in unserem Sinne zu arbeiten. Mit dem Kampf um die Wirtschaftsordnung allein sind die Arbeitermassen nicht zu befriedigen; positive Erfolge um die Verbesserung der Lebenshaltung sind und bleiben die Hauptaufgabe der Gewerkschaftsbewegung.

### Reparationsleistungen und Lebenshaltung.

Wenn man unseren Unternehmern glauben wollte und den Schreibern, die ihre Interessen vertreten, dann geht es eigentlich zurzeit schon dem deutschen Arbeiter viel besser, als nach dem Stande der Wirtschaft möglich sein würde, dann hätten wir jetzt schon eine viel zu hohe Lebenshaltung. Die Höhe der durchschnittlichen Lebenshaltung hängt ab einmal von der Größe des gesamten Produktionsertrages und zum anderen von der Art, wie der gesamte Produktionsertrag verteilt wird. Es ist absolut falsch, wenn die Unternehmer erklären, daß eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter nur zu erreichen wäre durch eine Steigerung der Produktionsleistung. Sie kann auch erreicht werden und muß erreicht werden können, wenn von dem, was produziert wird, auf die Arbeiter ein größerer Anteil kommt als gegenwärtig. Mit der Reparationsleistung von 2½ Milliarden Goldmark ist immer wieder begründet worden, daß die Lage der deutschen Arbeiter schlechter sein müßte als in anderen Ländern, und daß sie nicht so gut sein könnte, wie sie in der Vorkriegszeit gewesen ist. Diese 2½ Milliarden Goldmark, das ist ganz gewiß eine Summe, die schon etwas bedeutet, wir haben aber alle Ursache, uns vor den maßlosen Übertreibungen zu schützen, die mit dieser Reparationslast getrieben werden. Wir haben Entlastungsfaktoren in unserer heutigen Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit. Beispielsweise haben wir vor dem Krieg ein

stehendes Heer von annähernd 800 000 Köpfen unterhalten müssen, jetzt haben wir nur noch das Recht, 100 000 Soldaten zu halten. Das ist eine Ersparnis, die zwar nicht so groß ist, wie sie bei einem bloßen Vergleich der Zahlen erscheinen könnte, aber immerhin ist die Ersparnis allein am Militärat schon auf 1 bis 1 1/2 Milliarden Goldmark jährlich zu schätzen. Das nicht allein. Die 700 000 Soldaten, die nicht exerzieren müssen, können wirklich fruchtbringende Arbeit leisten, sie können volkswirtschaftliche Werte schaffen. Wenn wir die direkte Ersparnis und das Mehr an Arbeit einsehen, dann kommt man zu der Überzeugung, daß schon in diesem einen Punkte, wenn wir die heutigen Verhältnisse mit denen in der Vorkriegszeit vergleichen, die Reparationsausgabe kompensiert werden kann.

**Schaffung von Betriebskapital auf Kosten der Arbeiter.**

Nun sagen die Unternehmer, wir müssen ja auch unsere Wirtschaft wieder aufbauen, und wenn es uns auch glücklicherweise möglich gewesen ist, in der Inflationszeit die Substanz zu erhalten, so haben wir aber unser Betriebskapital verloren, das neu beschafft werden muß. Darum müssen wir jetzt auf Jahre und vielleicht Jahrzehnte hinaus uns den Riemen etwas enger schnallen, d. h. die Arbeiter sollen es tun. Wir müssen vom Lohn etwas abziehen, das müssen wir auf die Kante legen, das muß Betriebskapital werden. Wenn dann wieder genug eigenes Betriebskapital da ist, können wir wieder den Lohn erhöhen. Das ist eine sehr feine Theorie, die die Unternehmer sich zurechtgelegt haben, neues Betriebskapital schaffen durch Ersparnisse der Arbeiter. Auch vor dem Krieg war das Betriebskapital nicht da. Was im Besitze des Betriebes oder des Unternehmers war, war zum allergrößten Teil geborgtes Geld. Der Unternehmer war froh, wenn er Besitz an der Fabrik, an den Produktionsmitteln hatte, das Betriebskapital mußte er borgen. Er kann es heute in der deutschen Geldwirtschaft nicht mehr in dem Maße borgen wie früher; er muß heute im Ausland leihen. Das kann für die gesamte Volkswirtschaft, für die nationale Volkswirtschaft nachteilig sein. Aber vom Standpunkt des Unternehmertums aus ist das ziemlich gleichgültig. Die Schaffung von neuem ausreichendem Betriebskapital in der deutschen Wirtschaft ist gewiß notwendig, wenigstens nützlich. Wir können uns aber nicht vorstellen, daß eine Generation, die das Jahrzehnt Krieg und Inflationschreden hinter sich hat, nun auch noch das neue Betriebskapital in der deutschen Wirtschaft aufbringen könnte.

**Steigerung des Produktionsertrages.**

Bei dem heutigen Stand des Reallohnes in Deutschland gibt es gewiß noch Möglichkeiten, die Lebenshaltung zu verbessern durch eine gerechtere Verteilung dessen, was verteilt werden kann. Eine wesentliche Verbesserung in der allgemeinen Lebenshaltung ist aber nur möglich durch eine Steigerung des Produktionsertrages. Das ist eine Erkenntnis, an der wir auch als Gewerkschafter nicht vorbeigehen können. Die Produktionsleistung der Wirtschaft steigert, heißt aber nicht, ohne weiteres die Arbeitsleistung derjenigen Arbeiter, die in der Produktion stehen, vergrößern. Man kann auch eine Steigerung des Produktionsertrages erreichen, wenn man die Zahl der produktiv tätigen Arbeiter vermehrt. Es ist zwar nicht denkbar, daß alle Arbeitsfähigen mit produktiver Arbeit beschäftigt werden, denn in jeder Wirtschaft muß ein gewisser Teil der Arbeitsfähigen beschäftigt werden mit Dingen, die an sich nicht produktiv sind, in der öffentlichen Verwaltung, in dem Verkehr, im Handel, in der Regulierung des Geldumlaufs. Alles das sind Beschäftigungen, die an sich nicht produktiv sind, aber sie sind notwendig, um das Gerippe der gesamten Volkswirtschaft in Gang zu halten. Es ist aber ganz wesentlich, ein wie hoher Prozentsatz der gesamten Beschäftigten mit produktiver und ein wie hoher Prozentsatz mit unproduktiver Tätigkeit beschäftigt ist. Das ist eine der Tatsachen, die aufzudecken durchaus im Sinne derjenigen liegt, die heute produktiv arbeiten. In der Inflationszeit haben wir bekanntlich zeitweise einen ungeheuer glänzenden Beschäftigungsgrad gehabt. Alles, was überhaupt nur arbeitsfähig war, konnte arbeiten. Hunderttausende von Leuten glaubten, wir könnten davon leben, daß wir mit dem Handel, mit Schiebungen, mit Geldverkehr usw. den Nebenmenschen die Gelder und die Werte aus der Tasche holen. Geachtet hat alles, aber es kam kein Arbeitsprodukt zum Vorschein trotz der unmaßstäblichen Arbeit. Die Wirkung haben wir alle erlebt: ungeheures Elend, Hunger, ungenügende Möglichkeiten der Lebenshaltung, im Durchschnitt des ganzen Volkes gesehen. Die Inflationszeit ist jetzt überwunden, der unproduktive Ballast ist aber zu einem großen Teil immer noch da.

**Intensivierung des Arbeitsprozesses.**

In der deutschen Wirtschaft sind noch große Möglichkeiten einer Produktionssteigerung vorhanden, allein durch die Festlegung des überflüssigen unproduktiven Apparates. Aber die Vermehrung der produktiv Tätigen ist doch trotzdem nur eine Seite der Möglichkeiten der Leistungssteigerung. Die andere Seite — und das ist die noch wichtigere — ist die Intensivierung des Arbeitsprozesses selbst, das heißt die Möglichkeit, aus der Arbeitsstunde mehr Produkt herauszuholen als bei der gegenwärtigen Verfassung unserer Wirtschaft und bei der gegenwärtigen durchschnittlichen Arbeitsleistung. Mehr Arbeitsleistung pro Arbeitsstunde! Können wir das als Gewerkschafter anerkennen? Können wir das als Gewerkschafter ansprechen, ohne daß uns unsere Mitglieder auf des Dach steigen werden? Werden sie uns nicht sagen, ihr verlangt mehr Arbeit, ist das nicht das Sprüchlein, das die Unternehmer auch jeden Tag hebelten? Jawohl! Mehr Arbeit. Aus der Arbeitsstunde eine größere Arbeitsleistung herausgeholt, damit das Gesamtprodukt größer wird und die Lebenshaltungsmöglichkeiten auch entsprechend größer werden. Wir haben drei Einwände gegen diese These zu erwarten:

- 1. Was nützt uns denn der Mehrertrag. Der Mehrertrag wird von den Unternehmern als Reibgewinn in ihre eigenen Taschen gesteckt, und die Lage der Arbeiter wird in nichts verbessert, wenn Mehrarbeit geleistet wird.
- 2. Steigerung der Produktion führt zu vermehrter Arbeitszeit, und den Schaden davon haben die Arbeiter, die

zu Tausenden, ja Hunderttausenden dann arbeitslos auf die Straße fliegen.

- 3. Wir lehnen es aus sozialen und menschlichen Gründen ab, unsere Arbeitskraft noch mehr ausbeuten zu lassen als bisher.

**Produktionssteigerung und Lohnanteil.**

Das sind drei Einwände, die man ernsthaft prüfen muß. Zu dem ersten Einwand, der Mehrertrag wird in die Taschen der Unternehmer und nicht in die der Arbeiter fließen, ist zu sagen: Gleichgültig, wie hoch der Produktionsertrag sein mag, den Kampf um den Anteil der Arbeiter an dem Ertrage der Arbeit müssen wir immer führen. Und wer sagt denn, daß je größer der Produktionsertrag ist, um so kleiner der prozentuale Anteil der Arbeiter sein müßte. Bei einiger Überlegung wird man erkennen können, wenn man die Dinge volkswirtschaftlich und auch wirtschaftsgeschichtlich betrachtet, daß viel wahrscheinlicher das Gegenteil anzunehmen ist. Wenn die Produktionsleistung im ganzen sinkt, dann pflegt in der Regel der Anteil der Arbeiter noch schneller zu sinken als der Anteil des Kapitals, weil nämlich der Kapitalanteil sich viel schwerer verringern läßt, weil er viel zäher verteidigt werden kann als der Anteil der Arbeiter. Wirtschaftsgeschichtlich findet man immer wieder die Bestätigung dafür, daß bei steigender Produktion der Anteil der Lohnarbeit nicht sinkt, sondern steigt, nicht nur absolut, sondern auch relativ steigt. Es gibt auf Grund dieser wirtschaftsgeschichtlichen Erkenntnisse geradezu einen volkswirtschaftlichen Lehrsatz, der lautet: Bei steigender Produktivität vergrößert sich die Lohnsumme nicht nur absolut, sondern auch relativ, nämlich im Verhältnis zum Kapitalgewinn, umgekehrt sinkt bei fallender Produktivität der Lohn schneller als der Kapitalgewinn. In Ländern mit zurückgebliebener Produktion ist die Lage der Arbeiterklasse absolut und relativ schlecht gegenüber Ländern mit fortgeschrittener Produktion.

**Produktionssteigerung und Beschäftigungsmöglichkeit.**

Der zweite Einwand ist im Empfinden des einfach denkenden Arbeiters noch viel wichtiger, nämlich der Satz: Was soll aus uns werden, wenn die Produktion gesteigert wird, wenn das, was heute von hundert Arbeitern in einer Woche gemacht wird, in Zukunft von 50 Arbeitern gemacht würde. Dann würden 50 Arbeiter arbeitslos werden, und wenn das in der ganzen Wirtschaft vor sich ginge, würden Millionen von Arbeitern auf der Straße liegen. Können wir uns eine solche wirtschaftliche Entwicklung wünschen? Dieser Einwand ist nicht neu. Es ist derselbe Einwand, den vor einem Jahrhundert die Handwerker gemacht haben, als die Maschinen kamen. Sie haben sich zusammengesetzt und haben die Maschinen zerfchlagen, die ihnen die Arbeit fortnehmen würde. Sehen wir uns die hundert Jahre Entwicklung seit der Einführung der Dampfkraft und der Einführung der Maschine an. Ist die Arbeitslosigkeit durch die Maschine in die Wirtschaft hineingetragen worden? Ganz im Gegenteil. Die Zahl der Arbeitenden hat sich ungeheuer vermehrt, seit die Dampfkraft in die Wirtschaft hineingekommen ist. Darum darf man nicht wieder in denselben Fehler zurückfallen. Es ist sehr wohl möglich, daß, im einzelnen gesehen, an der einen oder anderen Stelle durch Verbesserung der Arbeitsleistungen eine Reduzierung der Belegschaft stattfindet und eine partielle Arbeitslosigkeit an dieser Stelle eintritt. Aber für die Gesamtwirtschaft gesehen kann diese Entwicklung nur vermehrte Arbeitsmöglichkeit bedeuten, weil sie verbunden sein muß mit einer Verbilligung der Produktion, mit einer Vermehrung und Vergrößerung des Absatzgebietes.

**Produktionssteigerung und Ausbeutung der Arbeitskraft.**

Der dritte Einwand ist, wie kommen wir als Arbeiter dazu, uns noch mehr ausbeuten zu lassen. Wenn dieser Einwand in der deutschen Arbeiterchaft immer wieder erhoben wird, dann ist das sehr begründet. Das ist das Verdienst des deutschen Unternehmertums. Beim deutschen Unternehmertum hat das Produktionsproblem in der Hauptsache immer nur so ausgesehen, daß man nichts anderes darunter verstehen konnte als vermehrte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Aber so gesehen ist das Produktionsproblem auch absolut falsch gesehen. Wenn die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage ist, eine technische Revolution herbeizuführen, mit den Knochen der Arbeiter wird sie eine Produktionssteigerung nicht erreichen können. Wenn die deutschen Unternehmer immer wieder das Sprüchlein aussagen: Mehr arbeiten, länger arbeiten, billiger arbeiten, dann braucht man auch gar nicht zu glauben, daß das ein volkswirtschaftliches Erkenntnis entsprungen wäre. Ach nein, so dumm sind auch die deutschen Unternehmer nicht. Sie sind auch schon dabei, die technischen Verbesserungen durchzuführen, und sie wissen innerlich wahrscheinlich auch ganz genau, daß man Intensivierung der Arbeitsstunden nicht verbinden kann mit Verlängerung der Arbeitszeit. Wenn sie es trotzdem taten, dann nicht aus volkswirtschaftlichen Erwägungen, sondern das war ein sozialer Machtkampf, ein Stück Klammertanz. Das deutsche Unternehmertum glaubte, die deutschen Gewerkschaften seien im Schmelzofen der Inflation butterweich geworden. Man wollte die deutsche Arbeiterchaft in der Arbeitszeitfrage auf die Knie zwingen und einen Sieg erringen, wie er später niemals wieder errungen werden kann. Vom Interesse der Wirtschaft aus gesehen waren die Arbeitskampfe Wahnsinn. Die Logik der Tatsachen, daß die amerikanische Wirtschaft mit ihren vielfach höheren Löhnen als in Deutschland trotz der großen Fruchtbarkeit, der gemacht werden muß, dennoch Werte nach Deutschland bringen kann, der deutschen Industrie Konkurrenz machen kann, daß z. B. die deutsche Automobilindustrie gezwungen ist, hohe Zölle zu verlangen, damit sie konkurrenzfähig bleibt, hohe Zölle auf die amerikanischen Automobile, die mit den hohen Löhnen hergestellt worden sind, die Tatsache allein spricht Bände. Diese Logik ist so zwingend, daß es ganz selbstverständlich ist, daß sie sich in der deutschen Wirtschaft auswirken wird. Wir werden mit einer Amerikanisierung der deutschen Wirtschaft rechnen müssen.

**Arbeitszeit und Mechanisierung des Arbeitsprozesses.**

Wie stellen wir uns nun als Gewerkschafter dazu, wenn diese Intensivierung des Arbeitsprozesses mit den Mitteln und den Methoden bei uns eingeführt werden soll, wie wir

sie von Amerika her kennen? Wir sagen zwar immer, die Arbeitskräfte brauchen nicht berilltet zu werden bei diesem Intensivierungsprozeß, es ist eine Sache der Technik, der Arbeitsorganisation, der volkswirtschaftlichen Organisation. Das ist richtig bis zu einem gewissen Grade. Man darf sich aber auch nicht vorstellen, daß nun etwa der Arbeiter persönlich davon ganz unberührt bliebe. Die Zunahme der Arbeitsleistung und die Mechanisierung des Arbeitsprozesses durch die Maschinen, das sind Dinge, die persönlich auf den Arbeiter ganz gewiß nicht günstig wirken. Wenn über den Schrecken der Mechanisierung des Arbeitsprozesses geredet wird, darf man aber auch nicht vergessen, daß heute schon ein ganz erheblicher Prozentsatz aus der deutschen Arbeiter einen solch mechanisierten Arbeitsprozeß hat. Es ist gewiß eine schöne Sache, wenn ein Tischler ein Stück Möbel anfertigt, wenn er die Arbeit von Grund auf baut, das ist eine Arbeit, die nicht nur Arbeit ist, sondern die ein Stück Lebensfreude, ein Stück Lebensgenuss ist. Aber wieviel Arbeiter gibt es denn noch, die auf diese handwerkliche Art arbeiten können? Der größere Teil auch der deutschen Arbeiter ist heute schon gezwungen, Teilarbeit zu machen, Teilarbeit zum Teil auch der allerstumpfsinnigsten, geistlossten Art. Wenn es notwendig ist zum Zwecke der Vermehrung der Gesamtproduktion, die Arbeit zu mechanisieren, dann kommt es gar nicht darauf an, ob wir das wollen, oder ob wir es nicht wollen. Wir können versuchen, uns der Entwicklung in den Weg zu stellen. Mächtiger und besser wird es aber sein, wenn wir nicht einen solchen aussichtslosen Versuch machen, sondern wenn wir versuchen, die Entwicklung zu beeinflussen. Es ist besser, wir erkennen die Tatsachen der ökonomischen Entwicklung an und versuchen, Einfluß auf diese Tatsache zu bekommen.

**Gewerkschaftliche Lohnpolitik.**

Das direkte Mittel, mit dem wir als Gewerkschaften an den Arbeitsprozeß herankommen, ist unsere Lohnpolitik, und damit verbunden ist die Frage der Lohnhöhe. Die Forderung nach mehr Lohn muß dauernd im Programm der Gewerkschaften stehen, nicht nur, weil wir vorläufig noch gar nicht absehen, wann wir mit der Verbesserung unserer Lebenshaltung aufhören können, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen. Die Forderung nach mehr Lohn ist notwendig, um den Intensivierungsprozeß der Wirtschaft zu fördern. Da, wo der Lohn billig ist, da, wo die Arbeitszeit entsprechend verlängert werden muß, da ist der technische Entwicklungsprozeß nicht zu Hause, sondern da, wo die Arbeitszeit kurz und die Löhne hoch sind, wo die Arbeitszeit nach unten und die Löhne nach oben getrieben werden durch die gewerkschaftlichen Kämpfe, da ist der Zwang da, die technischen Mittel der Wirtschaft zu mobilisieren. Dieser Zwang hat mehr getan für die Entwicklung der Wirtschaft als die Einsicht des Unternehmertums, daß man die Entwicklung vorwärtsbringen müsse. Wir brauchen uns auch nicht erschrecken zu lassen, wenn uns demgegenüber der Teufel einer neuen Inflation an die Wand gemalt wird. Es ist begreiflich, daß auch in Arbeiterkreisen diese Meinung vorhanden ist, und diese Meinung wird ihnen in der bürgerlichen und der Unternehmerpresse jeden Tag aufs neue vorgelesen. Ich habe diese Besorgnisse nicht; denn die Inflation ist aus anderen Gründen gekommen als durch die Hochtreibung der Löhne. Das wissen wir ganz genau, und darüber sind die Alten geschloffen. Die Gründe, die zur Inflation geführt haben, die bestehen heute im wesentlichen nicht mehr. Der wesentliche Grund der Inflation war die Tatsache, daß der Staat seine Ausgaben nicht aus den Einnahmen bestreiten konnte, daß das Defizit gedeckt werden mußte durch das Notendruck, und daß die Möglichkeit für den Staat bestand, einfach die Banknotenpresse und schließlich Hunderte und Tausende von Banknotenpressen in Bewegung zu setzen, um Geld zu drucken. Diese Möglichkeit besteht heute nicht mehr, als eine der wohlthätigen Folgen der Zwangsverwaltung, die wir über Deutschland haben. Man mag bedauern, daß solche Zwangsmaßnahmen von auswärts gegen das deutsche Volk angewandt werden mußten, aber bei dem ungeheuren Interesse, das die Arbeiterchaft an der Aufrechterhaltung der Währung hat, müssen wir froh sein, daß die Möglichkeit, eine neue Inflation zu bekommen, heute nicht mehr besteht.

**Staatspolitik und Wirtschaftspolitik.**

Wenn wir als Gewerkschafter neben der Propagierung der Intensivierung der Wirtschaft mit technischen Mitteln auch unsere aktive Lohnpolitik einsetzen, um einen Druck in dieser Richtung auszuüben, dann tun wir ein sehr gutes Werk nicht nur für die Arbeiter, nicht nur für die Wirtschaft selbst, sondern auch für die Unternehmer, die wir damit zwingen, das zu tun, was sie in ihrem eigenen Interesse eigentlich selbst schon hätten tun sollen. Also aktive Lohnpolitik und aktive Wirtschaftspolitik. Aktive Wirtschaftspolitik in dem Sinne, daß wir jede Möglichkeit, in der Wirtschaft aktiv mitzuwirken, ausnützen. Wir haben vor dem Kriege nicht viel von Wirtschaftspolitik geredet. Wir haben aber trotzdem Wirtschaftspolitik getrieben. Unsere ganze Lohnpolitik war ja nicht nur Sozialpolitik, es war auch Wirtschaftspolitik; und wenn wir mittels der Lohnpolitik in die Herrschaft des Unternehmertums eingedrungen sind, wenn wir uns ein Mitbestimmungsrecht im Betriebe und damit auch in gewissem Sinne in der Wirtschaft erkämpften, dann war das auch schon Wirtschaftspolitik. Aber es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß heute für uns ganz andere Möglichkeiten der praktischen und aktiven Wirtschaftspolitik gegeben sind. Der heutige Staat unterscheidet sich, von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, von dem alten Staate einmal dadurch, daß wir statt der konstitutionellen Monarchie die demokratische parlamentarische Verfassung haben. Den demokratischen Staat haben wir noch nicht, aber die Verfassung ist demokratisch. Das parlamentarische Regierungssystem ist aber auch tatsächlich verwirklicht. Aus dieser Tatsache ergeben sich für die Arbeiterklasse, vom Standpunkte ihrer gesellschaftlichen Interessen aus gesehen, ganz andere Betätigungsmöglichkeiten im Staat als vorher. Der alte Staat hat uns nur ein passives Staatsbürgerrecht eingeräumt; die aktive Staatspolitik konnte nur betrieben werden von der jeweils herrschenden Schicht oder der herrschenden Klasse, die die Macht für sich als Monopol in Anspruch genommen hat. Wir sind mit der heutigen Regierung und mit dem heutigen Staat

nicht zufrieden, obwohl die Staatsform geändert ist. Wenn wir uns selber dem Staat feindlich gegenüberstellen, weil er uns als Staatsbürger nicht anerkennt, so haben wir in dieser Beziehung die Dinge geändert; der heutige Staat gibt uns die Staatsbürgerrechte, wir müssen sie nur anwenden. Was kann der heutige Staat dafür, wenn eine Mehrheit des deutschen Volkes einen Hindenburg zum Reichspräsidenten haben will? Was kann die heutige Staatsform dafür, daß eine Parlamentsmehrheit vorhanden ist, die Steuern und Zölle gegen die Interessen der breiten Massen des Volkes zum Gesetz macht? Dafür kann man nur die Staatsbürger verantwortlich machen. Wenn deshalb heute noch die alte Meinung vorhanden ist, wir müßten uns als Feinde des Staates außerhalb des Staates stellen, dann ist das eine unsinnige und verkehrte Auffassung. Hineingehen in den Staat, durch eine aktive Staatspolitik selber die Politik des Staates machen. Dafür sind heute die Möglichkeiten gegeben. Inwieweit ist das demokratische Prinzip verwirklicht, daß wir das allgemeine Wahlrecht und ein parlamentarisches Regierungssystem haben. Jetzt liegt es nur noch an der Auffassung des Volkes, daß tatsächlich die Klasse, die die Mehrheit des Volkes repräsentiert, auch die politische Staatsmacht in die Hände bekommt. Das ist die eine Änderung, die sich im Staat vollzogen hat.

Die andere hat sich vollzogen und muß sich weiter vollziehen in den

**Aufgaben der Staatspolitik.**

Der alte Staat war ein Herrschaftsinstrument der kapitalistischen Klasse, von der er keine Direktiven entgegengenommen hat; der alte Staat hat theoretischen Grund aufgestellt: Die Wirtschaft ist eine Angelegenheit, die nicht der aktiven Staatspolitik unterworfen sein kann; denn die Wirtschaft ist eine private Angelegenheit derjenigen, die in der Wirtschaft stehen. Das sind die Besitzer der Produktionsmittel. In Wirklichkeit hat auch der alte Staat Wirtschaftspolitik getrieben; aber er hat sie getrieben als Obrigkeit, nicht als offizieller Vertreter des gesamten Volkes. Der demokratische Staat muß Wirtschaftspolitik treiben für das ganze Volk, wenn nicht das demokratische System im Staat und in der Politik wieder verlorengehen soll. Die Tatsache, daß die Demokratie im Staat nicht dauernd aufrechterhalten werden kann, wenn in der Wirtschaft die Autokratie weiterlebt, diese Tatsache muß jeder erkennen, der im demokratischen Staat lebt, und der ein Interesse daran hat, daß der demokratische Staat aufrecht erhalten bleibt. Das heißt, der demokratische Staat ist gezwungen, von Staats wegen mehr Wirtschaftspolitik zu treiben, als die alte Obrigkeit das von Staats wegen tun mußte. Das ist eine notwendige Auswirkung des demokratischen Systems. Der Staat hat sich auch dieser Konsequenz nicht entziehen können. Wir haben die Möglichkeit, unsere staatsbürgerlichen Rechte im Staate geltend zu machen, wir müssen sie ausnützen, um innerhalb des Staates Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik treiben zu können. Diese Veränderungen, die sich vollzogen haben, zwingen uns, zum Staat eine andere Haltung einzunehmen, als sie in der Vorkriegszeit angebracht sein mochte. Heute müssen wir jede Möglichkeit zu einer aktiven Wirtschaftspolitik innerhalb des Staates ausnützen.

Es gibt viele Möglichkeiten für die Gewerkschaften, sich staatspolitisch zu betätigen. Man kann nicht sagen, daß etwa die unmittelbare parlamentarische Tätigkeit der Gewerkschaften das einzige und wirksamste Mittel einer staatspolitischen Betätigung durch die Gewerkschaften ist. Auch im alten Staat, wo es die kapitalistischen Interessengruppen waren, die die Wirtschaftspolitik des Staates bestimmten, da haben diese Gruppen nicht den Hauptwert darauf gelegt, daß sie in den Parlamenten selbst vertreten waren. Den größeren Einfluß hatten sie außerhalb parlamentarisch durch ihre direkte Einwirkung auf die Staatsorgane. Ich glaube, daß in einem demokratischen Staat die Gewerkschaften als die wirtschaftlichen Interessensvertreter der Arbeiterschaft auch solche Möglichkeiten finden müßten. Sie sind zum Teil sogar schon schon ausgenutzt worden. Der neue Staat hat aber auch diese Möglichkeiten in aller Form vorgezogen.

**Parlamente der Wirtschaft.**

Das Recht der Arbeitnehmer, an den wirtschaftspolitischen Fragen mitzuwirken, ist im Artikel 165 der Reichsverfassung niedergelegt. Dieser bestimmt, daß ein wirtschaftlicher Parlamentarismus geschaffen wird: Betriebsräte, Bezirkswirtschaftsräte und ein Reichswirtschaftsrat. Der Reichswirtschaftsrat, wenigstens in vorläufiger Form, ist seit Jahren da. Ich weiß, er erfreut sich keiner besonderen Popularität. Ich weiß, daß seine Arbeit, objektiv betrachtet, tatsächlich nicht sehr imponierend ist. Aber wenn die andere Fakultät von der politischen Seite die Nase darüber rümpft, dann kann man nur sagen, seht euch die Geschichte der politischen Parlamente an, betrachtet die Kinderjahre des politischen Parlamentarismus. Als Gewerkschaften müssen wir die Möglichkeit einer Mitwirkung an wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Aufgaben, die der Staat zu erfüllen hat, fordern.

**Gewerkschaften und politische Parlamente.**

Es ist hier und da in den Gewerkschaften die Meinung aufgetaucht, daß wir jetzt in das Parlament hineingehen müßten; wir müßten jetzt die politischen Parteien erlegen; wir müßten als Gewerkschaften in die Parlamente hineinziehen, uns zu einer Gewerkschaftspartei, zu einer parlamentarischen Partei umbilden. Sollte diese Frage eingehender behandelt werden, dann müßte auf die Unmöglichkeit und die Unzulänglichkeit hingewiesen werden, die darin liegt, daß wir als Gewerkschaften noch alle die Aufgaben übernehmen sollten, die von den politischen Parteien zu erfüllen sind. Neben der Wirtschaft sind im Parlament auch noch andere notwendige Dinge zu regeln, und daß die Gewerkschaften dazu die größere Weisheit mitbrächten als die alten Parlamentsparteien, die von jeher sich mit diesen Dingen beschäftigt haben, kann wohl nicht behauptet werden. Außerdem würde aber dieser Gedanke zu einer Auseinandersetzung mit der politischen Partei führen, die bisher die politischen Interessen der Arbeiterschaft vertreten hat. Eine Erwitterung der gesamten Arbeiterbewegung wäre die Folge, wenn die Gewerkschaften diesen Weg beschreiten wollten. Allerdings müssen wir von den politischen Parteien und

insbesondere von den uns nahestehenden politischen Arbeiterparteien verlangen, daß sie alle Möglichkeiten fördern helfen, die es uns gestatten, auf anderem Wege als auf parlamentarischem für die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik, die wir für notwendig halten, einzutreten zu können. Im übrigen sind ja die persönlichen Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsvertretern und denjenigen Parteien, die für uns in Betracht kommen, so intim, daß schon daraus allein hergeleitet werden muß, daß sie auch unsere gewerkschaftlichen Forderungen parlamentarisch so vertreten werden, wie wir es ja schließlich auch nicht besser machen könnten.

**Vorwärts für die Arbeiterklasse!**

Zusammenfassend möchte ich sagen: Unser Ziel, das wir verfolgen, Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft, kann uns nicht abhalten, sondern es zwingt uns geradezu, bereits innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eine aktive Wirtschaftspolitik zu treiben überall da, wo uns die Möglichkeit dazu gegeben wird. Wir scheuen uns nicht, auszusprechen, daß wir anerkennen, eine Steigerung der Produktionsleistung in der Wirtschaft ist nützlich, ist notwendig, wenn unser Ziel, die Lebenshaltung der breiten Massen noch wesentlich zu verbessern, erreicht werden soll. Intensivierung der Wirtschaft ist aber nicht eine Sache, die aus den Knochen der Arbeiter herausgeholt werden kann, sie ist nicht eine Sache der vermehrten Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, sondern sie ist eine Sache der Politik und Wirtschaftsorganisation. Wir müssen uns schon aus dem Grunde an der Wirtschaftspolitik beteiligen, um die Wirtschaft selbst in dieser Richtung vorwärtszutreiben. Wir fordern zunächst die Demokratisierung der Wirtschaft, das Mitwirkungsrecht der Arbeiter an der Wirtschaft. Wir wissen, daß das ein Ziel ist, das heute und morgen nicht erreicht werden kann. Aber ebenso wie die Demokratisierung des Staates erreicht worden ist durch den Kampf der Arbeiterklasse, ebenso werden wir den Kampf führen für die Demokratisierung der Wirtschaft. Bei diesem Kampf ist es eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg, daß die Demokratie des Staates, die politische Demokratie, nicht gefährdet, sondern weiter ausgebaut wird. Darum müssen wir aus unseren gewerkschaftlichen Interessen heraus, auch wenn wir sie rein ökonomisch ansehen, eintreten für die Aufrechterhaltung des demokratischen Staates. Wir müssen uns jedem Versuch, die Demokratie wieder zu beseitigen, auch mit unserer gewerkschaftlichen Kraft entgegenstemmen. Vorwärts für die Arbeiterklasse! Das ist die Lösung der Gewerkschaften. Die Arbeiterklasse soll aus der Lage, in der sie heute ist, auf der ersten Sprosse der gesellschaftlichen Stufenleiter, herausgehoben werden, emporgehoben werden! Sie soll den Ehrenplatz in der Gesellschaft einnehmen!

**Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1924.**

Kurz vor dem Gewerkschaftskongreß ist das Jahrbuch 1924 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschienen. Es ist das dritte seiner Art, und es gibt in knapper Form einen Überblick über die reiche und vielseitige Tätigkeit des Bundesvorstandes. In den ersten Kapiteln werden die verschiedenen Gebiete des Wirtschaftslebens behandelt, dann werden sozialpolitische und spezielle Gewerkschaftsfragen erörtert. Wir wollen uns hier mit der Statistik der Verbände beschäftigen, einem Kapitel, das diesmal wenig erfreulich ist.

Die Gewerkschaften haben bereits im Jahre 1923 starke Mitgliederverluste erlitten, im Jahre 1924 hat der Rückgang angehalten. Das könnte auffällig erscheinen, denn der tiefste Stand der Inflationskrise war bereits im Jahre 1923, und wenn dann auch im Jahre 1924 wieder eine Periode der Betriebseinschränkungen und der Arbeiterentlassungen kam, so wurde doch diese Periode ziemlich schnell überwunden. Trotzdem zeigt das Jahr 1924 einen anhaltenden Mitgliederückgang, der sich allerdings fortgesetzt abschwächt und im vierten Vierteljahr nur noch 1,2 Prozent ausmacht. Die Ursache dieser Erscheinung dürfte darin zu suchen sein, daß in der schlimmsten Inflationszeit der Überblick über den Mitgliederstand verlorengegangen war. Die Unterstützungseinrichtungen, die eine gewisse Kontrolle ermöglichen, waren abgebaut, und da hat man in den örtlichen Verwaltungsstellen noch manchen als Mitglied gezählt, der längst keine Beziehungen zur Organisation gelöst hatte. Als dann in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 wieder mit der Einführung der Unterstützungen begonnen wurde, da wurde auch in den Mitgliederlisten eine gründliche Inventur aufgenommen. Es stellte sich heraus, daß der Mitgliederverlust im Jahre 1923 noch größer war, als man angenommen hatte; ein Teil dieses Verlustes ist aber für das Jahr 1924 gebucht. Daß neben den wirtschaftlichen Gründen auch die kommunistischen Treiberereien zu einem guten Teil Schuld tragen an dem Mitgliederverlust einiger Gewerkschaften, ist bekannt; wir können es uns versagen, darauf näher einzugehen, zumal der Einfluß der Zellenbauer zu sehr im Schwenden begriffen ist.

Im Jahresdurchschnitt gerechnet war die Mitgliederzahl der Gewerkschaften am höchsten im Jahre 1922 mit 7 895 065 in 49 Verbänden. Im Jahre 1923 war ein Rückgang auf 7 063 158 in 44 Verbänden eingetreten, und das Jahr 1924 brachte einen Abbruch auf 4 564 163 in 41 Verbänden. Der Rückgang in der Zahl der Verbände ist ein Zeichen dafür, daß der Zusammenschluß der Verbände Fortschritte macht, auch ohne daß durch Gewerkschaftsrecht ein Zwang nach dieser Richtung ausgesprochen ist. Am Schluß des Jahres 1924 war die Mitgliederzahl geringer als im Jahresdurchschnitt, sie betrug nur noch 3 975 002, aber damit ist auch der Tiefstand überschritten. Seit Anfang 1925 hat die Aufwärtsbewegung wieder eingesetzt, Ende März 1925 wurden wieder 4 182 297 Gewerkschaftsmitglieder gezählt.

Im Jahrbuch ist eine Übersicht über die Entwicklung der Verbände in den einzelnen Vierteljahren gegeben und ein Vergleich der Mitgliederzahlen vom Jahresanfang 1923 mit denen am Schluß des Jahres 1924 gezogen. Wie eingangs angedeutet, muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß die für das Jahr 1923 berechneten Mitgliederzahlen nicht den richtigen Stand angeben. Wir haben deshalb die nachstehende Aufstellung gemacht, in welcher die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände am Schluß des Jahres 1924

mit denen am Schluß der Jahre 1918 und 1922 verglichen sind. Hierbei sind auch für die früheren Jahre die Mitgliederzahlen der Verbände zusammengelassen, die sich inzwischen verschmolzen haben. So ist z. B. für das Jahr 1918 die Zahl der Mitglieder des damals noch bestehenden Bildhauer-Verbandes der des Solzarbeiter-Verbandes hinzugezählt worden.

Verband	Mitgliederzahl am Jahresanfang			Verlust 1923/24	Verlust 1918/24
	1918	1922	1924		
Bäcker	80 061	80 074	82 761	84,5	76,5
Dauergewerksbind.	849 076	561 484	310 070	42,1	81
Verkehrsgewerksb.	59 752	170 281	87 640	45,5	63,0
Bergarbeiter	114 082	395 836	180 224	51,0	63,8
Böttcher	8 088	14 288	8 848	47,9	71
Buchbinder	33 428	98 810	58 918	45,4	61,2
Buchdrucker	67 278	72 978	71 924	1,4	6,9
Choränger	—	3 085	3 457	15,5	—
Druckarbeiter	8 878	12 702	9 228	27,4	3,9
Essenfabriker	—	444 764	187 691	62,3	—
Flüßelarbeiter	208 870	789 581	325 700	55,6	55,9
Geneswöhnenmänn.	—	0 180	1 878	85,0	—
Holz- und Holzangeb.	—	?	5 686	—	—
Fleischer	6 503	21 402	13 984	69,8	98,7
Feilsche	2 512	5 784	3 581	37,5	41,4
Härter	6 858	17 772	8 955	49,8	80,6
Gemeindefarbeiter	51 088	279 120	179 546	55,7	251,5
Glasarbeiter	20 097	77 948	38 604	53,0	82,1
Graphische Hilfsarbeiter	15 596	50 155	38 125	34,0	112,5
Solzarbeiter	200 576	484 848	284 742	34,6	42,0
Hotel- u. Café-Angest.	16 542	47 758	22 418	58,1	85,5
Hutarbeiter	11 088	20 148	18 508	66,8	67,4
Kupfer- u. Schmiede	5 226	7 985	5 637	29,5	7,9
Landarbeiter	18 175	499 107	178 656	64,0	88,5
Lebener- u. Getr.-Arb.	50 799	82 331	65 285	29,8	28,8
Lebenerarbeiter	26 628	48 729	40 170	17,8	50,9
Lithographen	17 486	20 859	19 252	7,7	10,1
Maler	50 544	58 820	37 701	35,9	25,4
Maschinenisten	26 278	111 499	40 348	64,1	52,4
Metallarbeiter	565 510	1 629 815	710 934	56,4	25,8
Müller	2 048	20 988	22 880	28,8	1 015,8
Porzellanarbeiter	16 078	73 413	50 545	30,2	212,4
Sattler und Tapezierer	26 288	48 008	31 841	31,9	19,8
Schneidmischer	—	3 149	2 708	14,2	—
Schuhmacher	45 487	119 445	85 872	26,0	87,7
Schweizer	—	11 870	11 800	—	6,9
Steinarbeiter	89 841	62 189	48 828	29,9	10,5
Tafelarbeiter	87 211	117 956	66 712	43,4	79,8
Textilarbeiter	142 684	727 446	328 842	55,1	128,8
Verkehrsverb.	231 542	579 785	325 775	55,4	11,8
Zimmerer	60 792	107 810	80 284	25,8	88,0
Gewerksch.-Mitgl. insges.	2 585 492	7 908 538	3 975 002	50,8	53,9

Die sich ergebenden Vergleiche sind recht interessant. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder war Ende 1924 um 50,3 Prozent niedriger als 1922, aber um 53,9 Prozent höher als im Jahre 1918. Gegenüber dem Jahre 1922 weist nur der kleine Verband der Schweizer eine Zunahme auf, dagegen haben gegenüber dem Jahre 1918 nur die Verbände der Bauarbeiter und der Maler einen Verlust zu verzeichnen, der offenbar mit der Abwanderung vom Beruf infolge verminderter Bautätigkeit im Zusammenhang steht. Die Tabelle gibt in ihren Einzelheiten noch Anlaß zu manchem interessanten Vergleich. Hier wollen wir uns auf das Gesamtergebnis beschränken. Die Verminderung der Mitgliederzahl von Ende 1922 bis Ende 1924 um die Hälfte ist eine unerfreuliche Erscheinung, aber es besteht durchaus kein Anlaß, darob in Wehklagen auszubrechen. Das Anschwellen der Mitgliederzahlen nach dem Kriege bis zum Jahre 1922 war gewissermaßen eine Inflationserscheinung. Als dann für die Gewerkschaften die Zeit der Stabilisierung kam, nachdem die dürren Blätter vom Baum gefallen waren, zeigte es sich, daß der feste Stamm der Organisation doch einen beträchtlichen Zuwachs erhalten hatte. Gegenüber dem Vorkriegsstand hat sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um mehr als die Hälfte vermehrt. Dabei zeigt der Schluß des Jahres 1924 einen Tiefstand, der bereits wieder überholt ist. Die Mitgliederzahlen steigen wieder, und die Zahlen von 1922 zeigen gewissermaßen ein erstes Ziel, das wir uns bemühen müssen, recht bald wieder zu erreichen.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 1 730 452 Ende 1922 auf 763 405 Ende 1924 zurückgegangen, noch stärker ist der Rückgang der jugendlichen Mitglieder von 281 962 Ende 1922 auf 126 297 Ende 1924. Ende 1913 wurden 221 589 weibliche Mitglieder gezählt. Hier ist also gegenüber der Vorkriegszeit ein ganz gewaltiger Zuwachs zu verzeichnen. Die jugendlichen Mitglieder wurden vor dem Kriege noch nicht besonders gezählt, aber auch jetzt noch gibt die Gewerkschaftsstatistik kein vollständiges Bild von dem Umfang der Jugendbewegung. Eine Reihe von Verbänden hat die Zahl der jugendlichen Mitglieder nicht ausgewiesen, in anderen Verbänden, wo das geschehen ist, sind die jugendlichen weiblichen Mitglieder nicht besonders gezählt. Nach einer vom Jugendsekretariat vorgenommenen Erhebung beträgt die Zahl der jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder Ende 1924 noch 267 000, nachdem im Jahre 1922 bereits 496 000 gezählt worden waren.

Die Kassenverhältnisse der Gewerkschaften haben sich im Jahre 1924 günstiger gestaltet, als erwartet werden konnte. Die früheren Vermögen sind allerdings durch die Inflation zum größten Teil vernichtet worden. Als Vermögensbestand der Verbände wurden für das Jahr 1913 88 110 855 M. registriert, für 1924 aber nur 27 089 717 M., wobei allerdings die Vermögen der Verbände der Metallarbeiter, Landarbeiter und Maschinenisten nicht mitgezählt sind, da diese Verbände hierüber keine Angaben veröffentlichten. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1924 97 087 000 M., die Gesamtausgaben 69 071 119 M., wovon 16 685 946 M. auf die Unterstützung von Bohrkämpfen entfallen.

Das Gesamtbild, welches die Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1924 bietet, ist trotz der im einzelnen wenig erfreulichen Zahlen nicht unangenehm. Die Gewerkschaften waren harten Stürmen ausgesetzt. Die Rechenschaftsberichte für das Jahr 1924 zeigen gewissermaßen die Bilanz aus dieser Periode schwerster Bedrängnis, und da zeigt es sich, daß wir diese Zeit verhältnismäßig gut überstanden haben. Der letzte Geschäftsbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände stellt den Gewerkschaften eine sehr ungünstige Prognose. Er spricht von einem Verfall der Gewerkschaften, dessen Ursache in ihrem Unverständnis für die neuen Lebensverhältnisse des deutschen Volkes zu suchen sind. Die Entwicklung ging infolge ihrer Fehler über sie hinweg. Die Gewerkschaftsstatistik wird dem Unternehmern zeigen, daß der fromme Wunsch, der seinen Ausdruck in den wieder-

gegebenen Worten findet, nicht in Erfüllung geht. Ungebrochen sind die Gewerkschaften aus der schweren Krise hervorgegangen, und sie werden ihren Gegnern, insbesondere dem scharfmacherischen Unternehmertum noch öfters zeigen, daß sie sehr lebendig sind, und daß sie die Kraft und den Willen haben, in noch stärkerer Weise als bisher sich als festes Bollwerk zum Schutze der Arbeiterschaft zu betätigen.

### Tagung der Gewerkschaftsjugend.

In Hamburg fand am 6. und 7. August die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einberufene dritte Konferenz zur Besprechung von Fragen gewerkschaftlicher Jugendarbeit statt. Etwa 200 Delegierte nahmen als Vertreter der einzelnen Gewerkschaften, der Bezirks- und Ortsausschüsse des ADGB teil. Außerdem einige Gäste, unter ihnen je ein Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission und des österreichischen Metallarbeiter-Verbandes, der Vorsitzende und der Geschäftsführer des Ausschusses der deutschen Jugendverbände.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Jugendsekretär des ADGB, Kollege Maschke, erstattete, ging hervor, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen seit dem Leipziger Kongreß im Jahre 1922 um ein bedeutendes zurückgegangen ist. Konnten damals 498 000 jugendliche Gewerkschaftsmitglieder gemustert werden, so betrug die Zahl Ende 1924 nur noch 207 000. Inzwischen konnte erfreulicherweise wieder ein Anschwellen dieser Zahl festgestellt werden. In fast allen Gewerkschaften ist das Interesse für den jungen Nachwuchs gestiegen. Fragen der tariflichen Regelung des Lehrlingswesens, Schaffung von Urlaub und Freizeit und zweckmäßige Verwendung derselben standen besonders in der letzten Zeit auf der Tagesordnung. Neun Zentralverbände haben eigene Jugendzeitschriften geschaffen, die zum Teil in muster-gültiger Aufmachung erscheinen. Sieben weitere Verbände geben zu ihrem Verbandsorgan besondere Jugend- und Lehrlingsbeilagen heraus. Die Zusammenarbeit mit den vom ADGB berufenen Sachverständigen, die des öfteren zusammen-traten, war gut. Alle an der gewerkschaftlichen Jugendarbeit interessierten Gewerkschaften sind bei diesen Besprechungen vertreten. Leider ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Ortsausschüsse noch nicht in vollem Maße die Aufgaben erfüllen, die im Interesse der Jugend liegen. Von 1200 Ortsaus-schüssen haben erst 243 Jugendstellen geschaffen.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht war sehr lebhaft, aber sachlich. Vielfach wurde die mangelnde Initiative des ADGB kritisiert. Ein Redner erklärte, daß viele Wünsche nicht erfüllt werden konnten, weil die Gewerkschaften zunächst erst einmal danach trachten mußten, die Streikunterstützung auf eine angemessene Höhe zu bringen. Erst dann wird es möglich sein, Aufgaben zu erfüllen, die starke finanzielle Opfer kosten. Einige Anträge, die die Schaffung eines Mitteilungsblattes für Jugendliche, Jugendkonferenzen zur Schulung der Jugendlichen und die stärkere Verwendung des Films für Bildungs- und Werbezwecke fordern, wurden angenommen. Eine Entschließung, die sich gegen die Alkohol-gefahr und die Trinksitten wendet, fand ebenfalls einstimmige Zustimmung.

Es folgte dann ein Referat des Jugendsekretärs Ernst Neliß (Textilarbeiter-Verband) über das Thema „Arbeit und Beruf“. Der Redner schilderte die Tragik des modernen Arbeiters, der durch die bis ins kleinste gehende Teilarbeit kein inneres Verhältnis mehr zu seiner Arbeit habe. Ein Mensch aber, der nicht wurzellos dastehen will, muß mit seiner Arbeit eine Verbundenheit verspüren. Diese kann aber in unserer Zeit nicht willkürlich geschaffen werden. Zunächst er-scheine eine Lösung dieses Konfliktes nicht gegeben. Daher spiele die sogenannte Freizeitkultur eine große und wichtige Rolle. Es muß versucht werden, dem Arbeiter, und beson-ders dem jungen, in der Gestaltung der Freizeit das zu geben, was ihm die Arbeit heute nicht mehr geben kann. Diese Lösung ist keine ideale, aber zunächst die gegebene. Erst die Bergesellschaftung der Produktionsmittel bedeute eine wirkliche Lösung.

Im Anschluß an dieses Referat sprach der Handels-lehrer Genosse Koste über das Thema „Gewerkschaften und Berufsschule“. Auf die wichtige Funktion dieser öffent-lichen Einrichtung hinweisend, forderte er einen stärkeren Einfluß der Gewerkschaften auf die äußere und innere Ge-staltung der Berufsschule. Die Aussprache über diese beiden Referate zeugte von großer Sachkenntnis und starkem Inter-esse, das den aufgeworfenen Problemen in unseren Kreisen entgegengebracht wird.

#### Folgende Entschließung wurde angenommen:

##### Gewerkschaften und Berufsschule.

Es entspricht dem Wesen der Gewerkschaften, daß sie die Berufs-schule als eine unbedingt notwendige Bildungstätte für die heran-wachsende Jugend betrachten. Um die sozialklassen Jugend zur Arbeit im Beruf, im Gewerbe und in der Gesellschaft erziehen zu können, wie es ihre Aufgabe ist, muß die Berufsschule mehr als bisher neu-gewinnende Lehrweisen und Lehrmittel zur Anwendung bringen. Dies sowie die gegebene Rücksichtnahme auf die geistigen und seelischen Eigenarten der im schwierigen Lebensabschnitt sich befindenden Jugendlichen lassen eine besonders sorgfältige Auswahl der Lehrkräfte erforderlich erscheinen. Ihnen muß weitest- Mögliche bei der eigenen Weiterbildung geboten werden. Die Konferenz kann aber die Forderung, das vollständige Hochschulstudium zur Voraussetzung für die Lehrtätigkeit zu machen, nicht als berechtigt ansehen. Es muß höchsten Falls aus der pädagogischen Berufsschule der Weg zur vollberechtigten Schulpflicht offen bleiben.

Der Unterricht in Staatsbürger- und Lebenskunde soll genügend Raum gewährt werden; bisher mußte jedoch festgehalten werden, daß gerade die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation sowie der neuen arbeitsrechtlichen Verhältnisse (Betriebsräte, Kollektivverträge etc.) noch nicht die verdiente Würdigung finden. Wo die Lehrkräfte für diese Aufwendungen nicht ausreichen, müssen andere geeignete Personen (Gewerkschaftsführer, Arbeitersekretäre, Gewerbeinspektoren) mit herangezogen werden.

Die Erziehung zum Religionsunterricht, auch die wahlweise, ist nicht Aufgabe der Berufsschule.

Die wachsenden Verhältnisse von Unternehmervereinigungen, den Kartellvereinigungen der Gewerkschaften einzuengen, z. B. durch die Förderung des Abschaltens und der Herabsetzung der Ausschüsse, würden, wenn sie Erfolg hätten, die Unterrichtsverhältnisse stark beeinträchtigen. Die örtlichen Gewerkschaftsleitungen werden deshalb aufgefordert, gegen solche Vorstöße energig entgegenzutreten, möglichst gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend, die sie zu nehmen. Die Gewerkschaften sollten nicht ohne Rücksicht auf die weitestgehende Ausdehnung der Berufsschule für eine weitestmögliche und sozialpädagogische Fortentwicklung der Schulen deshalb die weitestgehende Regelung des Berufsschulwesens als unerlässlich den Ausbau eines Reichsarbeitsministeriums, der von der gewerkschaftlichen Reichsorganisation bereits im Februar 1925 eingeleitet wurde.

Ein weiteres Referat, das von Timm (Holzarbeiter-Verband) gehalten wurde, behandelte den von der Regierung

vorbereiteten Entwurf eines „Berufsausbildungsgesetzes“. Der Entwurf wurde einer eingehenden Kritik unterworfen und die von den Gewerkschaften zu erhebenden Forderungen festgelegt. Folgende Entschließung gibt die Stellung der Konferenz wieder:

#### Berufsausbildung in der Gesetzgebung.

Der im Sommer 1924 fertiggestellte Referentenentwurf eines Berufsausbildungsgesetzes stellt gegenüber der bisherigen gesetzlichen Regelung des Lehrlingswesens einen gewissen Fortschritt dar. Wohl gibt der Entwurf der Arbeiterschaft eine Möglichkeit zur Mitwirkung, jedoch räumt er dem Handwerk in einzelnen Fällen wieder eine Vorzugstellung ein. Diese Sonderbehandlung entspricht nicht den wirt-schaftlichen Erfordernissen und auch nicht dem Grundsatz der Gleich-berichtigung.

Bester wird als ein Mangel des Entwurfs angesehen, daß die Regelung des Lehrlingswesens durch Tarifverträge oder besondere Lehrlingsordnungen keine Berücksichtigung gefunden hat.

Die 8. Konferenz zur Besprechung gewerkschaftlicher Jugendfragen fordert von der Regierung die Berücksichtigung der bereits in den Vorberatungen erhobenen Forderungen der freien Gewerkschaften bei der Fertigstellung des endgültigen Entwurfs und verlangt weiter, den Entwurf nunmehr beschleunigt dem Reichstage vorzulegen und zur Verabschiedung zu bringen.

Im Anschluß hieran berichtete Genosse Küll (Buch-drucker-Verband) über die vom Verband der deutschen Buch-drucker mit den Prinzipalen vereinbarte Lehrlingsordnung. Durch seine Darlegungen begründete er die Notwendigkeit, daß auch nach einer gesetzlichen Regelung die Möglichkeit einer tarifvertraglichen oder besonderen Vereinbarung von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in der Lehrlings-frage gegeben sein müsse.

Nach Erörterung verschiedener Fragen von untergeordneter Bedeutung wurde einer Entschließung zugestimmt, die die Einführung von Ferien für Jugendliche auf gesetzlichem Wege verlangt.

#### Gesetzliche Regelung der Ferien.

Die 8. Konferenz (usw.) hält die gesetzliche Regelung der Ferien auf der Grundlage

- 1. Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (ein-schließlich Lehrlinge) unter 18 Jahren,
- 2. Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (ein-schließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren

Die Konferenz begrüßt es, daß die gesamten deutschen Jugend-verbände durch den Ausschuss der deutschen Jugendverbände diese ge-werkschaftlichen Forderungen zu den ihren gemacht haben; sie erwartet nunmehr von allen Kreisen der Bevölkerung weitgehende Unterstützung bei der Forderung, deren baldige Erfüllung eine soziale Pflicht ist.

Im ganzen gesehen, war die Konferenz besetzt von dem Willen, alle Kräfte in den Dienst der arbeitenden Jugend zu stellen. Den Gewerkschaften gehört die Zukunft und darum auch die Jugend. Unser Verband war offiziell durch sechs Delegierte vertreten. Da auch einige Ortsausschüsse und Verwaltungsstellen Kollegen entsandt hatten, bezifferte sich unsere Gruppe auf 20 Kollegen. Wir veranstalteten aus diesem Grunde eine besondere Besprechung, die vom Kollegen Jahn als Vertreter des Verbandsvorstandes geleitet wurde. Die Aussprache ergab eine Fülle von Anregungen für unsere Jugendarbeit.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

### Die Lage der deutschen Wirtschaft.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hörte in seiner außerordent-lichen Sitzung am 12. und 13. August einen Vortrag des Mitgliedes des Bundesvorstandes Eggert über die Lage der deutschen Wirtschaft, die durch die Offensive des Unternehmertums gegen Löhne und Arbeitszeit sowie durch den im Bunde mit der Reichsregierung unternommenen Versuch, auf dem Wege der Gesetzgebung die Gewinnquote von In-dustrie und Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die Ver-bräucher, insbesondere die Arbeitnehmerschaft, zu erhöhen, charakterisiert ist.

Die gewerkschaftspolitische Konsequenz aus dieser Situation, die eine weitere Herabsetzung der Kaufkraft, eine Verklümmung des Inlandmarktes und eine Periode ver-stärkter Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß, ist die ent-schlossene und mit gesteigertem Nachdruck durchgeführte Fort-führung des Kampfes um die Goldlohnhöhe, den die Gewerkschaften seit der Stabilisierungskrise aufgenommen haben. In diesem Kampfe waren die Gewerkschaften auf ihre eigene Kraft angewiesen. Sie werden auch in Zukunft von dieser Reichsregierung nichts zu erwarten haben. Daher werden sie auch die bevorstehenden verstärkten Kämpfe unter ge-schlossenem Einfluß der eigenen Mittel führen müssen. Auch der Reichsarbeitsminister scheint sich der Schule jener Wirt-schaftspolitiker anzuschließen, die die Ursache der Wirtschaftskrise ausschließlich in angeblich zu hohen Gehältern und Löhnen erblicken und im Wirtschafts- und Finanzministerium den maßgebenden Einfluß ausüben. Mindestens aber scheint von ihm keine entschiedene Stellungnahme gegen die vom Wirtschafts- und Finanzministerium betriebene unheilvolle Wirtschaftspolitik zu erwarten zu sein.

Die Gewerkschaften haben angesichts der Haltung der Reichsregierung und der Unternehmer nichts anderes zu tun, als die soziale Lage der von ihnen vertretenen Arbeiter-schaft zum ausschließlichen Ausgangspunkt ihrer Politik zu machen. Das ist ihre dringende Pflicht, der sie nur durch eine durchgreifende Lohnpolitik, nicht durch fruchtlose Verhandlungen über Preisherabsetzungen genügen können. Dieser Weg der sozialen Selbsthilfe ist unter den obwaltenden Verhältnissen der sicherste Weg für die Ge-werkschaften, ihren Einfluß auf die Wirtschaft zur Geltung zu bringen. Darüber hinaus werden sie gerade nach den Erfahrungen der letzten Monate alles daransetzen, ihr Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen, an dem sie unerrückbar festhalten, gegen den Widerstand der Regie-rung wie des Unternehmertums sicherzustellen und auszu-bauen. — Der Bundesausschuss hat die einstimmige Auf-fassung der Gewerkschaften in der folgenden Ent-schließung zusammengefaßt, die einstimmige Annahme fand:

Die jetzige wirtschaftspolitische Lage in Deutschland ist gekennzeichnet durch das hemmungslose Streben großer Teile des Unternehmertums in Handel, Industrie und Land-wirtschaft, ihre Gewinne nicht nur im Wege des wirtschaft-lichen Kampfes, sondern auch im Wege der Gesetzgebung in eigenmächtiger Weise zu steigern, unbekümmert um die dadurch bedingte Schädigung der ohnehin unzulänglichen Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Diese wirtschaftspolitische Situation wird grell beleuchtet durch die Deutjchriften des Unternehmertums an die Regie-

rung, durch Nichtbeachtung verbindlich erklärter Schieds-sprüche, durch Massenklindigungen von Arbeitern zum Zwecke des Lohnzugs, durch die fortgesetzten Angriffe auf den Achtstundentag, auf die soziale Gesetzgebung, auf die Rechte der Betriebsräte, auf alle Errungen-schaften der Arbeiter und durch die ungenügende Erhöhung des steuerfreien Lohn- und Gehaltsteiles, durch die gesetz-liche Erhöhung der Wohnungsmieten, vor allem aber durch die Behandlung der Zollvorlage im Reichs-tage.

Mit zunehmender Deutlichkeit begünstigen der Reichs-tanzler Dr. Luther und die jetzige Regierung das gewinn-süchtige und eigenmächtige Machtstreben des Unternehmertums. Die Zollvorlage als Produkt dieser Regierung, ihre Behandlung durch die Regierungsorgane, die Wertung-schätzung der Gutachten hervorragender Wirtschaftswissen-schaftler, die Nichtbeachtung der Notrufe und Proteste der Arbeiterschaft, die Einstellung der amtlichen Schlichtungs-stellen, die vielfach in der einseitigsten Weise nur die Unter-nehmerwünsche berücksichtigen — das alles zeigt, wie sehr die jetzige Regierung in den Kurs des Unternehmertums eingeschwenkt ist.

Durch die preissteigernden Wirkungen der Zollgesetzgebung wird die Lebenslage der Arbeiter-schaft unerträglich verschlechtert. Die Erhöhung der Wohnungs-miete trifft besonders schwer die unbe-mittelte Bevölkerung der Kleinwohnungen. Die Herauf-setzung des steuerfreien Einkommens von 80 auf 80 Mk., die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1½ auf 1 Prozent bringen keine Erleichterung, denn sie sind durch die starke Erhöhung der indirekten Steuern auf Genussmittel mehr als aufgehoben. So bleibt die Zollvorlage mit ihrer ganzen Schwere und in vollem Umfange als Belastung des Arbeiterhaushalts bestehen. Das ist eine für die Arbeiterschaft unmögliche Situation.

Indem der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese Tatsache feststellt, richtet er an die Arbeiterschaft die Aufforderung, sich fester denn je in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um in erfolg-reichen Wirtschaftskämpfen die Grundlage ihres Lebens zu sichern.

### Der Kampf im Baugewerbe.

Seit Monaten stehen die Arbeiter des Baugewerbes in schweren Lohnkämpfen, die seit Mitte Juni einen größeren Umfang angenommen haben. In Berlin, im Freistaat Sachsen, in der Provinz Sachsen und Anhalt, in Baden, in Mecklenburg und im Bezirk Cassel sind die Bauarbeiter zum Teil ausgesperrt, zum Teil befinden sie sich im Streik. Im ganzen dürften an diesen Kämpfen etwa 100 000 Bau-arbeiter beteiligt sein. Eine Vermittlungsaktion des Reichsarbeitsministeriums, die unternommen wurde, nach-dem der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in einer am 29. Juli abgehaltenen Hauptversammlung die Aussperrung angekündigt hatte, die zwei Wochen später stattfinden sollte, schlug fehl. Ein Schiedsgericht, das am 12., 13. und 14. August unter dem Vorsitz des Kammergerichtsrats Hanschmann tagte, kam zu einem Schiedsspruch, der als Verhöhnung der Arbeiter wirken mußte. Den Fach-arbeitern wurden in den verschiedenen Bezirken Lohn-zulagen von 3 bis 5 Pf. zugesprochen, die Bauhilfsarbeiter und die Tiefbauarbeiter sollten überhaupt keine Zulage er-halten. Für einige Bezirke waren schon früher Schieds-sprüche gefällt worden, die ihrer Unzulänglichkeit wegen von den Arbeitern abgelehnt wurden. Das famose Schieds-gericht setzte sich über diese Tatsache hinweg und entschied, daß die Löhne in den fraglichen Bezirken erhebliche unter den Sätzen jener Schiedssprüche bleiben. Daß dieser Schiedsspruch abgelehnt werden mußte, war selbstverständ-lich. So entschied auch dererrat des Baugewerksbundes einstimmig auf seiner am 18. August abgehaltenen Tagung.

Bei diesem Kampf handelt es sich zunächst um die Löhne, die eine starke Aufbesserung dringend notwendig haben. Aber es kommt mehr in Betracht. Der zentrale Tarif-vertrag im Baugewerbe ist im vorigen Jahre abgelaufen, und er konnte trotz wiederholter Bemühungen nicht wieder zustande gebracht werden, weil die Unternehmer durchaus die Arbeitszeit auf neun Stunden verlängern wollen. Diese Absicht haben sie keineswegs aufgegeben, und ihr Sieg würde ihnen nicht nur die Erfüllung dieses Wunsches bringen, sondern er wäre von weittragender Bedeutung auch für die übrigen Gewerbegebiete. Es war deshalb auch durchaus angebracht, daß der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-bundes auf seiner Tagung am 12. und 13. August zu dem Kampf im Baugewerbe Stellung nahm. Er tat dies in der folgenden Entschließung, die einstimmig an-genommen wurde:

Die baugewerbliche Arbeiterschaft steht zu vielen Jahr-tausenden im Kampfe um die Durchführung einer menschen-würdigen Lebenshaltung, insbesondere aber gegen die von dem Unternehmertum geforderte Verlängerung der Arbeits-zeit. Die baugewerbliche Arbeiterschaft führt den Vorkampf um die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, und sie hat diese Stellung bisher in fast allen Bezirken des Reiches halten können. Nun will der Unternehmerbund des Bau-gewerbes, gedrängt und gestützt von den Industriellen, zum Großkampf übergehen. Der Unternehmerbund droht mit der Aussperrung aller Bauarbeiter im ganzen Reiche, wenn nicht die Bauarbeiterverbände die bestehenden Streiks auf-heben und die Arbeiter bedingungslos zur Arbeit zurück-führen. Das Ziel des Unternehmertums ist, die Bau-arbeiterverbände zum Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages zu zwingen, in dem die Arbeiterverbände auf den Acht-stundentag, auf Ferien und auf weitere Lohnerhöhung ver-zichten und sich mit sonstigen Verschlechterungen gegenüber dem früheren Reichsarbeitsvertrag einverstanden erklären.

Der Bundesausschuss nimmt Kenntnis von dem Stand der Dinge und spricht der baugewerblichen Arbeiterschaft und den führenden Organisationen seine vollste Sympathie aus. Sollten die der Bauarbeiterchaft aufgezwungenen Kämpfe von den dem ADGB angeschlossenen Bauarbeiter-verbänden nicht aus eigener Kraft durchgeführt werden können, so ist der ADGB bereit, zur Unter-stützung der kämpfenden Arbeiter nach bester Möglichkeit beizutragen. Der Bundes-ausschuss beauftragt den Bundesvorstand, gegebenenfalls

die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und durchzuführen.

Die Lage hat sich inzwischen weiter zuspitzt. Am 24. August hat der Reichsarbeitsminister mit den Spitzenverbänden der Unternehmer verhandelt, dabei soll diesen geraten worden sein, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters zu beantragen.

Wider Erwarten ist es bei den Verhandlungen, die am 27. August begannen und die ganze Nacht hindurch fortgesetzt wurden, doch zu einer Verständigung gekommen.

Jahreshauptversammlung 1925 der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene findet vom 13. bis 15. September in Essen statt.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 36. Wochenbeitrag für die Woche vom 30. August bis 5. September fällig geworden.

Gemäß § 119 des Statuts geben wir hiermit bekannt, daß nach den auf dem Verbandstag in Stuttgart vorgenommenen Wahlen der Vorstand unseres Verbandes sich wie folgt zusammensetzt:

- 1. Fritz Larnow, Tischler, Vorsitzender.
2. Wilhelm Schneckauf, Tischler, stellvertretender Vorsitzender.
3. Martin Schleichner, Tischler, stellvertretender Vorsitzender.

Auf die in Nr. 20 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 16. Mai d. J. ergehende Bekanntmachung über die Teilnahme an den Kursen der Arbeiterbildungsanstalten ist eine größere Anzahl Bewerbungen beim Verbandsvorstand eingegangen.

- a) Heimvolkshochschule in Sing: Hans Schiefel, Schreiner, Kempen i. Niederrhein.
b) Arbeiterakademie Frankfurt a. M.: Karl Gehl, Bezirksbeamter, Forstheim; Franz Pfaff, Kassenbeamter, Gaffel; Ernst Kade, Maschinenarbeiter, Ostfildern i. S.; Willi Schwarz, Tischler, Berlin.

Die Wirtschaftsschule in Berlin kann wegen besonderer Umstände statt am 1. Oktober d. J. erst Anfang November eröffnet werden.

Wir bitten die übrigen Bewerber, die diesmal nicht berücksichtigt werden konnten, von der getroffenen Ausschluss-Kennzettel zu nehmen, da eine persönliche Besprechung der einzelnen Bewerber nicht erfolgen kann.

Berlin S. D. 16, Am Köllnischen Park 2. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Bonn a. Rh. In unserer freundlichen Gartenstadt am Rhein und am Ausgang des Siebengebirges hat sich in der Kräfte- und Nachtzeit die Holzindustrie stark entwickelt.

Driesen. Wir sehen uns genötigt, die Kollegen vor den Arbeitsangeboten der Firma Mst. A. G., Planobau, zu warnen.

Seltbrunn. Eine Sektionsversammlung der Wagner beschaffte sich mit den Zuständen der Karosseriefabrik Drauz u. Comp. hauptsächlich handelt es sich um fortgesetzte Herabsetzung der Akkordpreise.

Zittau. In dem Betrieb der Firma A. G. Scholze, Säge- und Hobelwerk in Olbersdorf, haben die Arbeiter des Sägewerkes und der Kistenabteilung trotz wiederholten Versuchs des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes den Weg zur Organisation nicht finden können.

Unsere Lohnbewegung.

Für die württembergische Holzwaren- und Holzspielwarenindustrie wurde am 25. August eine neue Lohnvereinbarung getroffen.

In der Sägewerksindustrie in Württemberg und Baden schweben Differenzen. Bei den am 12. August gepflogenen Verhandlungen boten die Unternehmer Spitzenlöhne von 74, 70, 66 und 61 Pf.

Für die Sägewerke in Nordbayern war ein Schiedspruch gefällt, der von beiden Parteien abgelehnt wurde.

In Andernach ist der Streit beendet. Vom Tage der Arbeitsaufnahme an, 24. August, beträgt der Spitzenlohn für Handwerker 77 Pf., für Angelernte 67, für Ungelernte 63.

In Langendiebach bei Panau dauert der Streit in der Sperrholz- und Wickelformenfabrik Brüning und Sohn unverändert fort.

In Lauterberg und St. Andreasberg dauert der Streit fort. Die Unternehmer haben die allgemeine Aussperrung angekündigt.

In Lutenwalde befinden sich die Kollegen aus der Drechlerei-Linke im Streit, weil sich die Firma weigert, die tariflichen Löhne zu zahlen.

In Neustettin ist nach wiederholten Verhandlungen eine Verständigung in der Lohnfrage erzielt worden.

In Regensburg wurde für die Parkettleger im Rahmen des bayerischen Landestarifvertrages ein Lohn-

abkommen getroffen mit Geltung ab 22. August. Der Stundenlohn beträgt 1,15 Mk., bei auswärtiger Arbeit 1,05 Mk.

In Rudolfsstadt stehen die Arbeiter bei der Firma Richter u. Co., Ankersteinbau- und Maschinenfabrik, im Streit.

In Schönlaute haben die Kollegen in der Holzpanzfabrik von Löffler die Arbeit eingestellt, weil das Verlangen nach Aufbesserung der Löhne, die nur 30 bis 55 Pf. betragen, abgelehnt wurde.

In Stettin ist eine neue Lohnvereinbarung getroffen worden. Der Durchschnittslohn beträgt ab 30. August für Möbeltischler 90 Pf., für Bautischler 98 Pf.

Aus der Holzindustrie.

Die Lehrlingsfrage im Bildhauergewerbe.

Auf der Tagesordnung der diesjährigen Generalversammlung des im Jahre 1920 gegründeten Allgemeinen Deutschen Bildhauerbundes, die vom 15. bis 18. August in Münster i. Westfalen abgehalten wurde, stand auch die Lehrlingsfrage.

Nach einem einleitenden Referat des zweiten Vorsitzenden des Meisterbundes, Herrn A. Raffla, und Empfehlung einer Resolution, deren Grundgedanken mit der Zentralkommission der Bildhauer vereinbart worden waren, setzte eine umfangreiche Diskussion ein.

Demgegenüber hat die Zahl der Kleinmeister und der Heimarbeiter in erschreckendem Maße zugenommen. Nach einer Umfrage des Bildhauermeisterbundes wurden 1176 Bildhauermeister gezählt mit 849 Gehilfen und 778 Lehrlingen Ende Januar 1925.

Dieser ungesunde Zustand: die Zunahme der Kleinmeister in Anbetracht des begrenzten Umfangs des Bildhauergewerbes, und noch dazu beeinflusst durch Vereinfachung des bildhauerischen Schmucks, die Zunahme der Lehrlinge in diesen Betrieben, aber auch in Möbelfabriken und Tischlereien, hat Anträge aus den Reihen der Mitglieder des Meisterbundes gezeitigt.

In der einmütig angenommenen Resolution wird zunächst der hereingebrochenen Krise gedacht, die eine Einschränkung der Lehrlingsausbildung und Beseitigung der Lehrlingsausbeutung dringend erforderlich macht.

In der Resolution heißt es dann weiter, daß alle Berufsberatungsstellen darüber zu informieren sind, unter welchen Umständen die Wahl des Bildhauerberufes empfohlen werden kann.

